

## 16. Wahlperiode

---

### Dringlicher Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Neuordnung der Jobcenter - Prinzip Hilfe aus einer Hand dauerhaft absichern!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass der zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Vertretern der Länder gefundene Kompromiss zur Änderung des Grundgesetzes im Bundestag und im Bundesrat beschlossen wird.

Das ist die Voraussetzung dafür, ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren zur Neuordnung der Jobcenter auf neuer verfassungsrechtlicher Grundlage einzuleiten und rechtzeitig abzuschließen. Damit bleibt den Ländern, Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit genug Zeit, die Veränderungen organisatorisch umzusetzen und Schaden von Betroffenen und Beschäftigten fern zu halten. Ziel ist es, die einheitliche Leistungsgewährung und Förderung der SGB-II-Empfänger/-innen gesetzlich zu regeln.

#### *Begründung*

Nach der Ablehnung der Neuorganisation der Jobcenter durch die Unionsfraktion im Bundestag steht die gemeinsame Betreuung der Erwerbslosen durch Arbeitsagenturen und Kommunen auf dem Spiel. Der gute Ansatz, alle Leistungen und Hilfen von einer Stelle anzubieten, ist gefährdet. Es droht, dass Erwerbslose zukünftig zwischen kommunalem Amt und Arbeitsagentur hin- und hergeschickt werden.

Hierdurch würde ein fataler Rückschritt in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik vollzogen, der Chaos und Mehrkosten produziert. Scheitert der gefundene Kompromiss, sind die Erwerbslosen und die Beschäftigten in den Jobcentern die Leidtragenden. Gerade in Berlin, wo es überdurchschnittlich viele Langzeitarbeitslose gibt, wäre dies eine Katastrophe für die Betroffenen. Monatlanges Organisationschaos wird die Förderung von Langzeiterwerbslosen behindern. Es ist haarsträubend, dass in der Wirtschaftskrise die Arbeitsverwaltung mit sich selber und nicht mit den Erwerbslosen beschäftigt sein wird.

Das Bundesverfassungsgericht hat der Bundesregierung für eine verfassungskonforme Lösung Zeit bis Ende 2010 gegeben. Der Kompromiss liegt auf dem Tisch, muss aber jetzt umgehend, ggf. in veränderter Form, beschlossen werden. Der Handlungsbedarf ist auch deshalb dringend, weil die Beschäftigten der Job-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

center angesichts der ungewissen Zukunft nach anderen Perspektiven suchen. Die Folgen einer weiteren Verschlechterung der Betreuung müssen die Erwerbslosen tragen.

Berlin, den 2. April 2009

Müller Grosse  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Breitenbach  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion